



# Konsumgenossenschaft und Stadt betrieben eigene Schweinemästereien

## STADTGESCHICHTE Sicherstellung der Ernährungslage – Resteverwertung

VON ULRICH RÄCKER-WELLNITZ

**WILHELMSHAVEN** – Um Einfluss auf die Gestaltung der Lebensmittelpreise nehmen zu können, gründeten 1887 einige Einwohner der Gemeinde Bant die Genossenschaft „Banter Konsumverein“, welche in den folgenden Jahren wiederholt ihren Namen änderte. Die Ausgangsidee war die Beschaffung preiswerter Waren des täglichen Lebens, die allerdings auf den Widerstand des Kleinhandels stieß. Deshalb dauerte es nicht lange, bis neben den Warenbezug die eigene Warenproduktion trat. Eine eigene Bäckerei wurde 1889 erworben, die ab 1893 auch in eigener Regie betrieben wurde. Als die Hooksieder Molkerei 1906 Konkurs anmeldete, kaufte die Genossenschaft diese. Für die bessere Verwertung der Rückstände (Molke) konnte zusätzlich 1909/10 eine Schweinemästerei angegliedert werden. Da die Genehmigungsbehörde in Jever die direkte Nachbarschaft von Molkerei und Mästerei ablehnte, wurde ein Grundstück bei Schmidthörn erworben und darauf ein Maststall nebst Wohngebäude errichtet. Das notwendige Jungvieh entstammte einer ebenfalls erworbenen Landstelle bei Heidmühle.

Kontinuierlich stiegen die Umsätze und Erträge der Schweinemästerei. Ende Juni 1911 waren 58 Schweine vorhanden, der Gewinn belief

sich im Geschäftsjahr 1910/11 auf über 1000 Mark. Der Konsument zahlte für ein Kilogramm Schweinefleisch ca. 1,80 Mark, bei einem Einkommen eines Lehrers oder unte-

tete, wies eine Vergrößerung der Schweinemast durch einen zweiten Stall für 291 Schweine aus. Trotz der Rationierungen während des Ersten Weltkrieges erreichten

und Enden zu sparen, bewog die Festungskommandantur im Herbst 1914 dazu, auch Küchenabfälle getrennt von sonstigem Müll als Viehfutter dienlich zu machen. Am 19.

Dezember ließ der Festungskommandant bekanntmachen, dass Küchenabfälle „von anderen Abfällen getrennt“ gesammelt, aufbewahrt und an die Städte Wilhelmshaven und Rüstringen abzugeben waren. Als Küchenabfälle galten „Kartoffelschalen, Gemüseabfälle, Brotreste und was sonst nicht mehr zu menschlicher Nahrung, wohl aber als Viehfutter geeignet“ war. Nach Ansicht des Rüstringer Magistrats im Dezember war der entsprechende Versuch in Wilhelmshaven positiv verlaufen. In einer amtlichen Bekanntmachung appellierte der Magistrat deshalb am 23. Dezember an die Einwohner, akribisch auf die Mülltrennung für die Mast zu achten, denn damit könne jeder daran mitwirken, dass „die Fleischpreise sich in erträglichen Grenzen“ hielten. Zusätzlich erwog man, eine eigene Mästerei zu betreiben. Dazu ergingen Ausschreibungen, über Verträge wurde debattiert



1906 erwarb die Konsumgenossenschaft Rüstringen die Molkerei in Hooksiel, um ihre Mitglieder günstig mit Milchprodukten zu versorgen.

FOTO: STADTARCHIV WHV

von monatlich etwa 150 Mark. Stolz wies eine Zeitungsanzeige am 19. September 1912 in der Wilhelmshavener Zeitung anlässlich des 25-jährigen Bestehens des Konsumvereins auf die Molkerei, verbunden mit der Schweinemästerei, hin. Der Jahresbericht 1914, über den die WZ am 3. Oktober berich-

tete, wies eine Vergrößerung der Schweinemast durch einen zweiten Stall für 291 Schweine aus. Trotz der Rationierungen während des Ersten Weltkrieges erreichten

Der Druck, an allen Ecken

und sogar eine eigene Kommission für diese Frage gebildet. Schließlich ergaben die ersten Überlegungen, dass Küchenabfälle nur einen kleinen Teil der benötigten Mastfuttermittel ausmachten, der Rest hätte von kaum zu beschaffendem Getreide beige-steuert werden müssen.

Fortsetzung auf Seite 14



# Schweinemastanstalt im Wiesenhof

## Fortsetzung von Seite 13

Somit nahm man Mitte Februar 1915 von der Idee zunächst Abstand und beschränkte sich darauf, mit einer Firma aus Jever Schweinelieferungen im Gegenzug für die Abgabe der Küchenabfälle zu vereinbaren.

Als dann die Marine im Frühjahr 1916 die Abgabe der Küchenabfälle von den Schiffen an Rüstringen zusagte, wurde im Wiesenhof eine Schweinemastanstalt gebaut. Das Jungvieh dafür sollte ebenfalls aus Heidmühle beschafft werden. Der Magistrat Wilhelmshaven bezeichnete in einer Eingabe an den Geschwaderchef die Verwertung durch die Rüstringer Schweinemast als unzweckmäßig und empfahl stattdessen, die bisherigen Abnehmer zu bedienen. Dennoch baute Rüstringen einen zweiten und schließlich einen dritten Stall, nicht ohne dass der Magistrat im August 1916 „den Ankauf von Futtergerste für die Schweinemast für dringend notwendig“ erachtete. Es kann an der Schwierigkeit der Futterbeschaffung gelegen haben, die den Konsumverein zwischenzeitlich bewog, Rüstringen seine Schweinemast in Hooksiel anzubieten. Wegen der großen Entfernung dorthin lehnte die Stadt ab. Etwa ein Jahr später musste sie ihren eigenen Betrieb einstellen, die Abfälle reichten zur Mast nicht aus; damit endete dieser kommunale „Mast-Betrieb“.

Wenigstens eine weitere größere Schweinemästerei war in den Jahren des Ersten Weltkrieges in den Jadestädten vorhanden. Im Geschäftsbericht des Werft-Wohlfahrts-Verein für 1915/16 aus dem Juni 1916 wird eine mit 100 Schweinen belegte Schweinemast zwar erwähnt, ihr Standort aber nicht preisgegeben. Auch in den etwa mit Jahresabstand folgenden, in der Wilhelmshavener Zeitung nachzulesenden Geschäftsberichten bis 1918 findet dieser Betrieb Erwähnung, aber leider gibt es keinen Hinweis, wo er angesiedelt war.

In den Jahren der Weimarer Republik konnte der Konsumverein seinen Bestand und seine Bedeutung für die Belieferung seiner Mitglieder zu-

nächst sichern. Allerdings geriet er zunehmend in Gegnerschaft zu den erstarkenden Nationalsozialisten, denen der genossenschaftliche Grundgedanke zuwider lief. Diese Agitation dürfte zu

Unterstützung durch die Bürgermeister angewiesen. Dafür regelte der Erlass bereits die Sammlung, die Abfuhr und die Verwertung der Abfälle. Bei der Bereitstellung von Fi-

während die NSV für die restlichen Aufgaben zuständig sei. In die Anlage des Konsumvereins/Genossenschaft (in Schmidthörn), die „zwar von Wilhelmshaven reichlich weit entfernt“ war, seien schon erhebliche Mittel hineingesteckt worden, aber „sie sei nun aber einmal in Betrieb“ und „zu einem mässigen Preise zu erwerben“. Den Erwerb wollte die Stadt stemmen und sie sogar für eine Kapazität von 800 Schweinen ausbauen. In Vorverhandlungen mit der Genossenschaft war ein Preis von 16 000 RM vereinbart worden. Für die Beschaffung der Transportmittel hatte das Tiefbauamt „statt Elektrokarren Pferde“ vorgeschlagen. Letztlich entschied der Oberbürgermeister, dass die Stadt die Verhandlungen über den Kauf der Mästerei beschleunigen, für rund 5400 RM Gespanne, Wagen und Geschirre beschaffen und zusätzliche Stallungen errichten werde. Der NSV fielen alle anderen mit der Schweinemästerei verbundenen Arbeiten und Kosten zu. Dazu zählten auch die Unterhaltung der Stallungen und Gebäude, vorläufig durften die Pferde kostenfrei auf dem Fuhrhof an der Hollmannstraße (jetzt Bremer Straße) untergebracht werden.

Mit dem Datum 7. August 1937 ist der Kaufvertrag für die Schweinemastanlage in Schmidthörn zwischen der

Verbrauchergenossenschaft und der Stadt Wilhelmshaven geschlossen worden. Zum Preis von 16 000 RM wechselte der Grundbesitz „mit sämtlichen Gebäuden und Zubehör“ den Eigentümer. Erneut wurde die Stadt „Schweinemäster“, selbst wenn sie sich für den Betrieb der NSV bediente. Nicht überall scheint die Schweinemast für das Ernährungshilfswerk auf Gegenliebe gestoßen zu sein, denn ein zweiter Erlass des Reichs-Innenministers vom 3. November 1937 betonte die „beschleunigte Durchführung...in allen deutschen Gemeinden“. Jetzt wurde die Einrichtungspflicht auch auf Gemeinden unter 40000 Einwohner ausgedehnt und von

Fortsetzung auf Seite 15

## Eigene Molkerei

verbunden mit  
**Schweinemästerei in Booksiel.**

**Im letzten Geschäftsjahre wurden  
2424000 Kilo Milch verarbeitet und  
1340 Zentner la. Molkereibutter, ferner  
Tilsiter Fett-, Halbfett- und Mager-  
käse produziert.**

Zeitungsanzeige des Konsum- und Sparvereins Rüstringen aus dem Jahr 1912.

FOTO: STADTARCHIV WILHELMSHAVEN

einem Rückgang des Umsatzes der Molkerei beigetragen haben, zudem stagnierte der Betrieb der Mästerei. Einen direkten Versuch, den Konsumverein zu schwächen, stellte ein Antrag im März 1930 dar. Anlässlich der Haushalts-Beratungen beantragten die Nationalsozialisten, die Mitgliedschaft im Verein zu kündigen. Noch lehnte der Magistrat ein solches Ansinnen ab, doch war dies allenfalls inhaltlicher Widerstand. 1935 musste die Umbenennung in „Verbrauchergenossenschaft 'Volkskraft', Rüstringen,

e.G.m.b.H.“ erfolgen, nach der Vereinigung der Jadestädte zum 1. April 1937 wurde im Namen Rüstringen durch Wilhelmshaven ersetzt.

1936 gerieten die Küchenabfälle - zu ihnen gehörten an der Jade neben den Kartoffelschalen Kohlstrünke, Reste und der „Trank aus den vielen hiesigen Unterkunftsanlagen“ - in das Blickfeld des nationalsozialistischen Vierjahresplans. Der Beauftragte dafür, „Ministerpräsident Generaloberst Göring“, hatte die „NS-Volkswohlfahrt [NSV] beauftragt“, die Verwertung zu übernehmen. Ein Runderlass vom 20. November des Jahres forderte von den Gemeinden „eine tatkräftige verantwortliche Mitarbeit“ daran. Denn das neu geschaffene „Ernäh-

nanzmitteln war die Aufsicht bereit, die „Erfordernis eines unabwiesbaren Bedürfnisses...anzuerkennen“, sollte Geld außerplanmäßig bewilligt werden müssen. Jede Gemeinde mit mehr als 40000 Einwohnern hatte eine eigene Schweinemästerei zu betreiben. Somit hätte im Jadegebiet nur Rüstringen einen derartigen Betrieb errichten müssen, die Bemühungen der Stadt darum liegen leider im Dunkeln. Konkreter belegbar sind die Bemühungen nach der Zusammenlegung der Jadestädte zur Stadt Wilhelmshaven.

Bereits in der ersten Sitzung des neuen Oberbürgermeisters (OB) Dr. Müller mit den Beigeordneten wünschte der OB einen entsprechenden eingehenden Bericht, der einmalig bewilligte Beträge und laufende Kosten auswies. Danach gab es Verhandlungen des OB mit dem Kreisamtsleiter der NSV Alfred Zebitz, der zugleich Stadtrat war, und dem Gauamtsleiter der NSV in Oldenburg, Otto Denker. Über das Ergebnis vermerkt das Protokoll über die Besprechung des OB mit den Beigeordneten vom 30. Juli 1937: In einem Vertrag waren die Absprachen festzuhalten, die eine grundsätzliche Aufgabenteilung zwischen Stadt und NSV vorsahen. Die Stadt sollte die Fuhrwerke stellen,

Innenminister  
zwang Kommunen  
zu Mästerei

Abfallverwertung  
durch  
Schweinemast



# „Aus Küchenabfällen wird Schinken“

Fortsetzung von Seite 14

den Bürgermeister erwartet, das Ernährungshilfswerk „in vertrauensvoller Zusammenarbeit mit der NSV beschleunigt durchzuführen.“

Für Wilhelmshaven bedeutete dies insbesondere finanziellen Mehraufwand durch Forderungen der NSV, wie den Niederschriften über die Beratungen des OB mit seinen Beigeordneten zu entnehmen ist. Das in großem Maßstab betriebene Einsammeln der Küchenabfälle machte 1940 zwei weitere Gespanne mit Kutscher erforderlich. Dafür hatte die Stadt 18 000 RM aufzuwenden. Ebenfalls in 1940 sollten bauliche Erweiterungen (ein zusätzliches Silo und eine zweite Mastanstalt) erfolgen, die allerdings auf kriegsbedingte Material- und Personalschwierigkeiten stießen. Wegen Personalmangel geriet auch die Abholung der Abfälle ins Stocken und ihre Zwischenlagerung an verschiedenen Stellen der Stadt hatte massive Beschwerden der Nachbarn wegen Geruchsbelästigung zur Folge. Spätere Quellen lassen vermuten, dass bis

Kriegsende drei Ställe gebaut waren. In den städtischen Haushaltsplänen sind die Zuschüsse an die NSV oder für die Schweinemast unter verschiedenen Ansätzen zu finden. 1937 waren unter Nummer 709 „Allgemeine Wohlfahrtspflege und sonstige Fürsorge“ 15 000 RM eingestellt, für 1938 sind keine Angaben zu entdecken, sie können in einem Sammel-Posten verborgen sein. Ab 1939

weist der Einzelplan 73, Wirtschaftsförderung, unter „Einsammeln der Küchenabfälle für das Ernährungshilfswerk“ einen Zuschuss von 20 000 RM auf, die gesamte Wirtschaftsförderung betrug 43 550 RM. Auch 1940 ist der Be-

trag an derselben Position eingestellt, 1941 erhöht er sich auf 25 000 RM. Für 1942 waren 50 000 RM veranschlagt, das entsprach der haushaltsrechtlichen Absicherung der oben erwähnten Neubauten. Erstaunlich ist allerdings, dass der Betrieb im Einzelplan 8, Wirtschaftliche Unternehmen, nicht aufgeführt und auch eine gesonderte Ausweisung des Geländes in der Vermögensaufstellung nicht erfolgt ist.

Dagegen lassen sich über verschiedene Quellen Einzelgeschicksale von Beschäftigten der NSV bei der Schweinemast ermitteln. In den Personallisten der NSV sind ab Juni 1938 ausnahmslos Männer mit der Tätigkeit Arbeiter, später als Sammler bezeichnet, eingetragen. Ab 1942 ist die Beschäftigung mit „Sammler EHW“ (für Ernährungshilfswerk) angegeben, jetzt werden auch Polen und Niederländer eingesetzt. Auf einer Meldekarte ist ein polnischer Fremd-/Zwangsarbeiter

wie die Diskrepanz zwischen Meldekarte und Personalliste entstanden ist, warum die Meldekarte nicht fortgeschrieben wurde.

Wie ist der ernährungswirtschaftliche Erfolg der kommunalen Schweinemästerei bis Kriegsende zu bewerten? Leider differenzieren die offiziellen Schlachtzahlen des Schlachthofes nicht nach Lieferanten und weisen die Anlieferungen der NSV nicht aus.

Aber propagandistisch wurden das Ernährungshilfswerk und seine Leistungen gebührend gewürdigt. Mit der Parole „Aus Küchenabfällen wird Schinken!“ berichtete der Wilhelmshavener Kurier am 23. August 1938 über den Kreislauf von Verwertung der Abfälle und Ablieferung der Tiere an den Schlachthof. Demnach standen seinerzeit 800 fette Schweine in den Ställen und „viele tausend Kilo Schweinespeck und Braten und Würste“ würden dem Fleischmarkt der Stadt wieder zugeführt. Etwas detaillierter

dem Schlachthof zugeleitet. Angesichts des Wachstums der Stadt wurde über zukünftig mehr als 1300 Schweine in der Mast spekuliert. Sogar in den Frontbrief der NSDAP vom Juli 1940 fand das Ernährungshilfswerk Eingang. Dort berichtete der Kreisamtsleiter Zebitz über ca. 1400 Schweine, die „allein im vergangenen Jahr dem hiesigen Schlachthof zugeführt werden“ konnten. Nach seinen Angaben bot Schmidtshörn Platz für „zirka 1000 Tiere“ zur Mast. Auch er betonte die gute Sammelleistung, die eine zweite Mastanlage notwendig machte; deren Bau war bereits geplant.

Nach dem Zweiten Weltkrieg beeilte sich die Stadtverwaltung, die Schweinemästerei einer neuen Nutzung zuzuführen. Bereits am 11. September 1945 votierte der Hauptausschuss (heute Verwaltungsausschuss) für eine umgehende private Verpachtung, „um die Gebäude und wichtigen Anlagen zu erhalten“. Die Angelegenheit wurde drängender, weil der neue Oberbürgermeister Dr. Paffrath die Nachricht erhalten

hatte, in Schmidtshörn sollten kriegsgefangene deutsche Soldaten untergebracht werden. Erste Bewerber sagten aber wieder ab, weil sie die „Kosten für das Abfahren der Küchenabfälle aus der Stadt“ nicht tragen konnten. Am 4. Dezember wurde der Hauptausschuss über einen 10 Jahre laufenden Pachtvertrag informiert und er stimmte dem Abschluss zu. Im August 1946 befasste sich der

Grundstücksausschuss zum wiederholten Mal mit der Schweinemästerei, diesmal gab es Klagen wegen des schlechten Zustandes der Anlage, sogar ein tierärztliches Gutachten wurde angefordert.

Fortsetzung auf Seite 16

## Große Anlage für die Schweinemast in Schmidtshörn



Schweine des Ernährungshilfswerks der NS Volkswohlfahrt auf dem Weg zum Schlachthof.

FOTO: STADTARCHIV WILHELMSHAVEN

der NSV verzeichnet, der ab 1941 im Lager Fedderwardergroden lebte. Die Karte vermerkt für 1943 „Haft“ und endet mit diesem Eintrag, in der Personalliste der NSV für 1945 ist der Name jedoch noch verzeichnet. Nicht zu klären ist,

heißt es in einem Bericht vom 29. Oktober des Jahres, dass mehr als 1000 Schweine in den Ställen des Ernährungshilfswerks grunzten. Allein 800 in Schmidtshörn, der Rest in Addernhausen. Bis Herbst 1938 wurden 900 Schweine



# Nach dem Krieg gab die Stadt Schweinemast auf

## Fortsetzung von Seite 15

Fortan ist in den Niederschriften dieses Ausschusses über zahlreiche Schwierigkeiten mit der Verpachtung zu lesen. Nahezu exemplarisch zeigen sich daran auch die Schwierigkeiten des wirtschaftlichen Wiederaufbaus. Häufig gab es Auseinandersetzungen über die Ablieferung der Abfälle, einige städtische Einrichtungen lieferten z. B. nicht nach Schmidts-

hörn. Schwierig gestaltete sich der Bezug von Treibstoffen oder Zuchtferkeln.

Die Währungsreform lähmte zunächst Investitionen und erschwerte die Finanzierung eines Kaufs. Dann meldete die Gemeinde Hooksiel Interesse an dem Grundstück an, um es für industrielle Zwecke zu vermieten.

Zwischenzeitlich bot die Stadt ihre Mästerei dem ursprünglichen Eigentümer,

dem Konsumverein, an. Doch dieser sah sich zu einer Übernahme noch nicht in der Lage. Bei einem möglichen Verkauf platzte die Kreditzusage an den Käufer, der nachfolgende Pächter geriet in Zahlungsrückstand, hatte aber Aussicht auf „Geld nach dem Flüchtlingssiedlungsgesetz“. Er musste letztlich aufgeben, weil die Schere zwischen Kosten und Erlösen zu groß wurde.

Schließlich beschloss der Grundstücksausschuss des Wilhelmshavener Rates am 19. Juni 1952 den Verkauf des Grundstücks mit Zubehör für 19 000 D-Mark, davon 12 000 D-Mark in bar, an einen Bauunternehmer aus Hooksiel, der Rat stimmte dem in seiner Sitzung am 24. Juni zu. Damit endete auch der zweite kommunale Versuch, eine Schweinemast wirtschaftlich zu betreiben.